

Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Fraktion DIE LINKE

Vorlagen Nr.:
A/1/0047

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	29.10.2012

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Änderung der Schülerbeförderungssatzung: Aufnahme der Überarbeitung durch den Kultur- und Bildungsausschuss im Hinblick auf Sonderregelungen (z.B. TONART-Projekt) Ausnahmeregelungen und Härtefälle"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Schülerbeförderungssatzung, die unter großem Zeitdruck erstellt wurde ist auf den Prüfstand zu stellen.
2. Der zuständige Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport soll die Kritikpunkte der Schulen, Eltern und Elternvertreter analysieren und mit Ihnen gemeinsam über vorhandene Unzulänglichkeiten und Ungleichbehandlung beraten, sowie Vorschläge für Veränderungen bei der Härtefallregelung, bei Grenzfällen und Projektunterstützungen erarbeiten.
3. Der Landrat und die Verwaltung sollen den Ausschuss fachlich begleiten und die entsprechenden Unterlagen zuarbeiten.

Begründung:

1. Aufgabe der Politik ist es, die besten Bedingungen und den ungehinderten Zugang zur Bildung für alle Bevölkerungsschichten zu ermöglichen und keine Verschlechterung der Bedingungen nach der Kreisgebietsreform zuzulassen.
2. Mit dem Inkrafttreten der Schülerbeförderungssatzung zum Schuljahr 2012/ 2013 ist es entgegen dieses Anspruchs zu erheblichen, für viele Eltern, besonders im ländlichen Raum, zu nicht nachvollziehbaren, zusätzlichen Belastungen gekommen.

3. Durch die Größe des Landkreises Vorpommern-Rügen und der Schuleinzugsgebiete ist es für Familien mit geringem Einkommen nur sehr schwer oder gar nicht möglich, die per Gesetz freie Schulwahl für ihre Kinder zu ermöglichen oder an Projekten wie dem TonArt - Projekt teilzunehmen.
4. Nicht nur Schulen in freier Trägerschaft sind von Gebührenzahlungen betroffen, auch Fahrten zu Praktika, Projekten zu örtlich nicht zuständigen, staatlichen Schulen müssen bezahlt, bzw. Co-finanziert werden.
5. Das vorbildliche Projekt, wie die TonArt-Klassen in Bergen, bisher vom Landkreis Rügen unterstützt, ist gefährdet, wie auch andere Projekte, das kann nicht der Wille des neuen Kreistages sein.
6. Es kann und darf nicht sein, dass der Bildungs- und Kulturausschuss sich künftig regelmäßig mit Einzelfallentscheidungen befassen muss, sondern es bedarf allgemeingültiger und nachvollziehbarer Regelungen, auch im freiwilligen Bereich der Schülerbeförderung.

gez.

Christiane Latendorf
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE